

Kapitel VIII

Ein- und Ausschlussprozesse im kolonialen und nationalen Kontext

»[...] Peru bildet nur auf der Landkarte eine Einheit« (Chirif 1969: 8; eigene Übersetzung aus dem Spanischen).

Seit der Kolonialzeit diente das peruanische Amazonasgebiet verschiedenen politischen Projektionen: Es war das »El Dorado«, die letzte »frontier«, Schauplatz von Grenzkonflikten, die »Kornkammer« der Nation oder schlicht der »Devisenbringer« (vgl. Chaumeil 1990: 95). Im Folgenden steht die koloniale und postkoloniale Geschichte Perus im Zentrum der Betrachtungen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Umgang der Herrschenden mit den Tieflandindianern in den verschiedenen Epochen. Die komplexen, asymmetrischen Austauschbeziehungen, welche die Herausbildung neuer politischer Führungspersönlichkeiten innerhalb der indianischen Gesellschaften des Amazonasgebietes prägten, bilden den historischen Kontext für die Entstehung der indigenen Organisationen. Anknüpfend an Eric Wolf (1986: 532) bin ich der Meinung, dass man die wechselseitigen Beziehungen zwischen indigenen Tieflandbewohnern und externen Akteuren nur begreifen kann, wenn man auch von den politischen und ökonomischen Beziehungen ausgeht, die diese Verbindungen hervorgebracht, verändert und aufrecht erhalten haben. Deshalb habe ich mich für eine relativ ausführliche Darstellung des historischen Kontexts seit der Kolonialzeit entschieden. Zudem erscheint es mir zur umfassenden Kontextualisierung der neuen Formen indigener Selbstorganisation wichtig, im Anschluss an den geschichtlichen Abriss kurz auf den peruanischen Indigenismus und Indianismus einzugehen.

1. Die Kolonialzeit

In der kolonialen Ordnung Perus wurden historisch bedingte rassische Unterschiede zwischen Personen betont. Das legale und administrative System der Kolonialzeit basierte auf der Einteilung in verschiedene *castas*¹: Spanier, *indios*, Afrikaner und die gemischte *casta*. Individuen wurden auf Grund der Zugehörigkeit ihrer Eltern zu einer dieser Gruppen gezählt. Die *indios* des Hochlands definierte man dabei als unterworfenes Volk, mit einem inferioren administrativen Status und einer Reihe von Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Sie bildeten die Bevölkerungsmehrheit, ihre Kopfsteuer sowie Arbeitskraft hielt die koloniale Wirtschaft aufrecht. Die Tieflandbewohner standen als ›Wilde‹ außerhalb des Systems. Sie gerieten jedoch unter den direkten Einfluss der Missionen von Jesuiten (1638-1768) und Franziskanern, welche die *indios infieles* (›ungläubigen Indianer‹) ›zivilisieren‹ wollten. Sie führten das Modell der *reducciones* im Amazonasgebiet ein. Hiermit wurden die Tieflandbewohner nicht nur in feste dörfliche Gemeinschaften ›reduziert‹, sondern auch zum Christentum bekehrt. Dadurch entstanden die ersten extern vorgenommenen Differenzierungen in ›Christen‹ und *chunchos*. Letzteres bezeichnete auf pejorative Weise die nicht-konvertierten ›Wilden‹. Damit einhergehend schufen die Missionare eigene lokale Regierungsstrukturen, welche die ersten großen Veränderungen in den politischen Systemen der indianischen Gesellschaften des Amazonasgebietes markierten: Es wurden formale Führungsposten geschaffen und die Figur des Vermittlers (Brokers) eingeführt. Im politischen Ordnungsprinzip von Jesuiten und Franziskanern erlangte dabei der *curaca* zentrale Bedeutung – ein von den Missionaren bestimmter Indianer, der Spanischkenntnisse besaß und auf Grund einer besonders ›gelingenen‹ Konversion als ›vertrauenswürdig‹ galt. Im Innern der neu geordneten Gruppen bestanden jedoch auch zuvor praktizierte Führungssysteme, die meist informeller Art waren, weiter. An unterschiedlichen Orten im Amazonasgebiet kam es immer wieder zu Rebellionen gegen die fremden Ordnungskräfte. Vielen Aufständen lag eine Mobilisierung von beträchtlichem Umfang zugrunde. So schlossen sich bei der von Juan Santos Atahualpa geführten messianischen Bewegung mehrere ethnische Gruppen zusammen – Piro, Campa (Asháninka), Amuesha (Yanesha), Conibo und Shipibo. Sie schafften es, das zentrale Tiefland für über ein Jahrhundert (1742-1850) von den Kolonialmächten zu befreien.²

1 Dt. ›Kaste‹; in der Bedeutung, die es im Kontext dieser Einteilung im damaligen Spanisch annahm, aber mit ›Rasse‹ zu übersetzen.

2 Andere bekannte Beispiele für Rebellionen indianischer Tieflandgesellschaften waren die der Cocama, Avijiras, Oas von 1664-67, der Shipibo-Conibo im Ucayali 1695/98, sowie verschiedene Aufstände der Aguaruna (vgl. Chaumeil 1990; Greene 2004).

Nach der Ausweisung der Jesuiten 1768 und bis zur Ausrufung der Unabhängigkeit 1821 drangen verstärkt nicht religiös, sondern vor allem wirtschaftlich motivierte Siedler ins Amazonasgebiet vor. Sie übernahmen die von den Missionaren eingeführten sozio-politischen Strukturen: Die lokalen *curacas* fungierten weiterhin als zentrale Vermittlerfiguren zwischen den neuen und den alten Bewohnern des Tieflands. Es etablierte sich ein Patronage-System³, das sich Stück für Stück über das gesamte peruanische Amazonasgebiet ausbreitete und die Beziehungen zwischen beiden Gruppen lange und nachhaltig prägte (vgl. Chaumeil 1990: 95f., 106f.; vgl. auch Stocks 1981).

2. Der junge Nationalstaat

Eine der ersten gesetzlichen Maßnahmen nach der Loslösung Perus von der spanischen Krone im Jahr 1821 war die formale Abschaffung des Kastensystems. Verdeckt durch die offizielle Gleichstellung der indigenen Bevölkerung erfolgte jedoch weiterhin eine rassische Einteilung, die sich nun an drei geografischen Regionen orientierte: Küste, Hochland, Tiefland. Der Kategorisierung zufolge lebten an der Küste die ›Peruaner‹. Im Hochland siedelten hingegen weiterhin die *indios*. Dieser Begriff stand synonym für ›Fortschrittshemmnis‹. Dem Verständnis der machthabenden Eliten zufolge blockierten die *indios* die nationale Integration. Letztere verstand man primär wirtschaftlich, als Bewegung von Gütern aus dem Tiefland an die Küste, die durch das bergige Gebiet der Anden erschwert wurde. Die Bewohner des Amazonasgebietes, zu Kolonialzeiten *indios infieles*, wurden nun zu ›Ureinwohnern‹ und ihre Gemeinschaften ›primitive Stämme‹ genannt. Damit standen sie in der sozialen Hierarchie noch unterhalb der Quechua und Aymara des Hochlands. Das frühe Nationsprojekt zielte nicht primär auf die Schaffung einer alle Bevölkerungsgruppen umschließenden *imagined community* (Anderson 1983), sondern auf die wirtschaftliche Erschließung des ›Hinterlands‹ ab. Das Amazonasbecken wurde in der Imagination der Eliten zur peruanischen *frontier* – einem gefährlichen Ort großen Reichtums, den es zu erobern und zu besiedeln galt (Orlove 1993: 321 f.; von Oertzen 1988: 57ff.; vgl. auch Santos Granero und Barclay 2000).

Durch Industrialisierung und weltweite Ausbreitung des Kapitalismus entstanden neue Möglichkeiten, die Bodenschätze des Amazonasgebietes ge-

3 Nicht formalisierter, asymmetrischer Austausch zwischen ungleichen Partnern (Patron und Klient). Der Patron verfügt über wichtige Ressourcen (materielle und symbolische), zu denen der Klient keinen direkten Zugang hat. Getauscht werden meist Dienstleistungen und/oder Loyalität (von Seiten des Klienten) gegen Güter (von Seiten des Patrons).

winnbringend auszuschöpfen. Die Zentralregierung zeigte dementsprechend ein großes Interesse an der Integration seiner *frontier* in die nationale Wirtschaft und traf schon kurz nach der Unabhängigkeit von Spanien entsprechende Maßnahmen. Durch Gesetze, die Kolonialisierung, Landwirtschaft und Handel im Amazonasgebiet unterstützten, antwortete man damit aber auch auf zwei geopolitische Herausforderungen: erstens, die brasiliatische Expansion nach Westen, die es zu stoppen galt und zweitens, die ecuadorianischen sowie kolumbianischen diplomatischen Ansprüche auf Teile der peruanischen Amazonasregion, die man neutralisieren wollte.⁴

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts erleichterte die Einführung von Dampfbooten auf dem amazonischen Flussnetz den Handel, und der Ende des Jahrhunderts einsetzende Kautschukboom (1885-1914) festigte das Interesse des Staates an der Nutzung der natürlichen Ressourcen im Tiefland. Man öffnete das Gebiet ebenso für englische und nordamerikanische Unternehmen. Vor allem der Kautschukboom hatte fatale Folgen für die Tieflandindianer. Die beiden großen ›Kautschukbarone‹ Arana und Fitzcarrald errichteten Handelsreiche, die auf Sklavenhaltung beruhten. Die Arbeitskraft besorgten sie sich unter anderem mit Hilfe sogenannter *correrías*.⁵ Ferner festigten sich die Patronage-Beziehungen durch die Einführung des Systems der *habilitación*. Dieses bestand in einem vom Händler geleisteten Vorschuss an Waren, der durch Arbeitskraft zurückgezahlt werden musste. Der asymmetrische Austausch beruhte auf einer konstanten Verschuldung von Seiten der Arbeiter. Zwei Wirtschaftslogiken trafen aufeinander: Die indigenen Tieflandbewohner wollten ›westliche‹ Güter für ihr internes Tauschsystem, Ziel der *patrones* war es, möglichst kostengünstig ihr Vermögen zu mehren (Santos Granero und Barclay 2000: 37, 54f.). Die meisten Gruppen, die so in Abhängigkeit gerieten, konnten sich davon erst durch die endgültige politische Einbindung in das staatliche System ab Mitte des 20. Jahrhunderts weitestgehend befreien.

Die ›Peruaner‹ an der Küste erfuhren wenig von den Vorgängen im Amazonasgebiet. Die Existenz Dutzender indianischer Tieflandgesellschaften trat bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein selten ins Bewusstsein der peruanischen Öffentlichkeit. Das Tiefland blieb ein ökonomisch wichtiger, aber politisch, kulturell und sozial unbedeutender Appendix: Bis in die 1960er Jahre hinein fanden die ›primitiven Stämme‹ bei Diskussionen über die sozia-

4 Gleichzeitig bestand jedoch eine relative Unkenntnis staatlicher Repräsentanten über die eigenen Grenzregionen. Die erste bedeutende Landkarte wurde 1862 in Paris gedruckt, 1865 erschien der erste Atlas, wobei mehrere eingezeichnete nationale Grenzen fraglich und den staatlichen Repräsentanten mehr als 50% des Gebietes unbekannt waren (vgl. Greene 2004: 91).

5 Dt. ›Jagd auf Indigenen‹; es wurden auch Konflikte zwischen einzelnen ethnischen Gruppen genutzt, indem man diese dazu animierte, *correrías* zu veranstalten. Die Huitoto waren besonders stark von dieser Praxis betroffen, rund 40.000 verloren so ihr Leben (Chaumeil 1990: 94).

le Stratifizierung Perus keine Erwähnung (vgl. Greene 2004: 88ff.; Orlove 1993: 307; Varese 1975: 67; Stock 1981: 17f.). Auch die Ethnologie vernachlässigte bis dahin die Frage nach dem Verhältnis zwischen den indianischen Tieflandbewohnern und dem Nationalstaat.⁶ Stefano Varese war in den 1960er Jahren einer der ersten peruanischen Ethnologen, der sich dem Studium des Integrations- bzw. Assimilationsprozesses der indigenen Tieflandbewohner widmete. Er etablierte einen entsprechenden Forschungszweig an der *Universidad Nacional de San Marcos* in Lima (Gespräch Chirif 20.07. 2005; vgl. auch Stock 1981: 20; Morin 1992: 66; Greene 2004: 91).⁷

3. Peru in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Mit der Gesetzgebung aus dem Jahr 1909 bewies die Zentralregierung in Lima Kontinuität in Bezug auf ihren Umgang mit dem Amazonasgebiet: Mit der *Ley de Tierras de Montaña No.1220*⁸ sicherte sie sich die exklusiven Nutzungsrechte der natürlichen Ressourcen des Landes. Auch wurden Migranten animiert, in die Region zu ziehen. Ansonsten fiel die Besiedlungs- und Zivilisierungsaufgabe weiterhin der katholischen (sowie später auch der evangelischen) Mission zu. Diese nahm eine Vermittlerrolle bei Konflikten zwischen lokalen *patrones* und ihren indianischen Arbeitskräften ein. Neben dem System der *habilitación* nutzten die *patrones* die von den Missionaren zwei Jahrhunderte zuvor eingeführte politische Funktion der *curacas* und ergänzten es durch ein *compadrazgo*-System⁹ (vgl. Barclay 1991: 54f.; Chaumeil 1990: 97).

-
- 6 Die indigenen Tieflandbewohner waren in Peru vor allem für ausländische Wissenschaftler von Interesse. So gehörten Tessmann (1930) und Karsten (1935) zu den ersten ›modernen‹ Ethnographen, die das Amazonasgebiet erforschten. Aber die beiden konzentrierten sich – wie auch ihre Nachfolger – in ihren Arbeiten vor allem auf die Erforschung der ›kulturellen Wurzeln‹ und nicht auf die gegenwärtigen Lebensbedingungen dieser Gruppen. Ethnologische Studien, die auch diesen Aspekt im Blick hatten, wurden in Peru vor allem im Andenraum durchgeführt.
 - 7 Barclay (1991: 49) hebt hervor, dass Arbeiten über die Amazonasregion ab den 1970er Jahren entstanden, weil zu diesem Zeitpunkt die starke Interventionspolitik des Staates als natürlich, aber noch nicht ausreichend empfunden wurde. Auch Stefano Varese arbeitete unter der linken Militärregierung von Alvarado Velasco in der staatlichen Behörde SINAMOS (*Sistema Nacional de Apoyo a la Movilización Social*) mit. Sein Engagement für die indigene Selbstorganisation und die Etablierung des Forschungszweigs zu den Tieflandbewohnern an der Universität *San Marcos* muss also auch unter diesem Aspekt betrachtet werden.
 - 8 Dt. ›Bodengesetz für das Waldgebiet Nr. 1220‹.
 - 9 Dt. ›Patenschaft‹; Teil der Patronage-Beziehungen. Der Patron übernimmt die Patenschaft für Kinder des Klienten und bindet diesen so langfristig an sich. Nicht so sehr die Beziehung zwischen dem Paten und dem Patenkind steht dabei

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erwachte ein neues Interesse des peruanischen Staates am Amazonasgebiet. Diese Entwicklung muss als Teil der nationalstaatlichen Modernisierungsstrategie und des damit im Zusammenhang stehenden international dominanten Entwicklungsparadigmas gesehen werden: Die Rolle der Regierung wurde nun als treibende und lenkende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung definiert. Folgende Elemente waren dabei besonders wichtig für den staatlichen Eingriff in die politische und wirtschaftliche Ordnung verschiedener Regionen des Amazonasgebietes:

- die Sicherung des peruanischen Territoriums gegenüber den Nachbarn: Konflikte zwischen Peru und Kolumbien (Verträge von 1922 und 1938) und Peru und Ecuador (1943) erhöhten die Sorge darum, die territoriale Integrität aufrechtzuerhalten. Vermeiden wollte man eine weitere traumatische Niederlage wie die in den Grenzkonflikten mit Chile im 19. Jahrhundert erlittene.
- der weiterhin zunehmende Wunsch nach wirtschaftlicher Nutzbarmachung des Amazonasgebietes: Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges verschaffte diesbezüglich allen Anrainerstaaten des Amazonasbeckens besondere wirtschaftliche Anreize.

Schon 1933 hatte der damalige Präsident Benavides angefangen, eine Route auskundschaften zu lassen, welche die Küste mit dem Amazonastiefland verbinden sollte. Auch übernahm er die Ausbesserung von Wegen, die bis dahin in der Verantwortung von Missionen lagen. Der Straßenbau bestimmte den Strom von Migranten aus den Anden ins Tiefland, der sich zwischen 1940 und 1960 zu entwickeln begann. Da die Tieflandbewohner, vermittelt durch die Missionen, anfingen, sich über den Zuzug der Migranten aus den peruanischen Anden zu beschweren, schloss die Regierung Anfang der 1950er Jahre einen Vertrag mit dem *Summer Institute of Linguistics* (SIL): Das SIL sollte die indianische Amazonasbevölkerung alphabetisieren und hispanisieren, um sie ›integrationswilliger‹ zu machen (Barclay 1991: 55ff.).

Präsident Fernando Belaúnde Terry öffnete nach Antritt seiner ersten Amtszeit 1963 endgültig den Zugang zum Tiefland. Von Beruf Architekt, waren Straßen für ihn der ›Weg zur Entwicklung‹. Er verband den Straßenbau mit der geografischen Dreiteilung Perus in Küste, Anden und Amazonastiefland und stellte folgende These auf: Wenn alle drei Regionen durch Wege vernetzt wären, würde die nationale Integration gelungen sein (Orlove 1993: 329). Mit der sogenannten *carretera marginal*¹⁰ wollte er das Hinterland mit dem Rest der Republik verbinden. Außerdem sollten damit Verbindungswege

im Vordergrund, sondern die Festigung der Bindungen zwischen Ersterem und den Eltern.

10 Dt. ›marginale Schnellstraße‹.

nach Ecuador, Kolumbien und Venezuela im Nordosten sowie Argentinien im Südosten geschaffen und dadurch das gesamte Amazonasgebiet ›zivilisiert‹ werden. Belaúnde wollte mit diesem Plan der Migration in die urbanen Zentren an der Küste sowie den um sich greifenden Protesten der Kleinbauern in den Anden – eines der explosivsten Themen in den 1950er und 60er Jahren – entgegenwirken.

Ab den 1940er Jahren wuchs die Zahl von Bauerngewerkschaften in den Anden, und eine Reihe von Landbesetzungen begann.¹¹ 1964 verabschiedete Belaúnde deshalb ein Landreformgesetz, mit dem er die an die Küste strömenden Migranten ins Tiefland ›umlenken‹ wollte. Dadurch sollte einerseits die landwirtschaftlich genutzte Fläche vergrößert und andererseits menschliches ›Arbeitskapital‹ für Ölförderung, Holzeinschlag und Bergbau sichergestellt werden. Belaúndes Projekte wurden jedoch bald von einem Militärschlag durch linkspolitische Kräfte durchkreuzt. Einer der Hauptgründe für selbigen war seine liberale Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Ölförderung. Das Militär unter Führung von General Juan Velasco Alvarado übernahm nun im ›Namen des Volkes‹ die Regierungsgeschäfte (vgl. Greene 2004: 325ff.; 331).¹² Die Überführung der Ölförderung in staatliche Hände blieb nicht der einzige Zugriff auf das Kapital ausländischer Unternehmen. Dennoch zielte Velasco Alvarado nicht auf eine ausschließlich staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik nach sozialistischem Vorbild ab, sondern wollte eine Mischung aus staatlichen Betrieben, Privatunternehmen und Kooperativen errichten. Zwischen 1970-80 übernahm die Regierung zu diesem Zweck so stark wie zu keiner anderen Zeit auch im peruanischen Amazonasgebiet eine ordnende Funktion (vgl. Barclay 1991: 71; von Oertzen 1988: 85 f.).

11 Nach Brown und Fernandez (1991: 81) hielten bis in die 1960er Jahre 0,1% der Bevölkerung 90% des wirtschaftlich rentablen Bodens. An der Küste überwogen Zuckerrohrplantagen, während in den Anden 90% des Landes von einer kleinen oligarchischen Schicht gehalten wurde.

12 Schon in den 1950er Jahren zeichnete sich ein Gesinnungswandel im Militär ab, das sich nun verantwortlich sah für die Förderung ›nationaler Entwicklung‹. Die soziale Zusammensetzung dieser bis dahin auf die Vertretung der Interessen der Großgrundbesitzer konzentrierten Einrichtung veränderte sich, junge Männer aus dem Kleinbürgertum und Söhne von Bauern und Arbeitern fanden Aufnahme. Gleichzeitig hatte durch die kubanische Revolution und der vom US-Präsidenten John F. Kennedy ausgerufenen ›Allianz für den Fortschritt‹ auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent eine entwicklungspolitische Debatte eingesetzt, die dem Militär neue soziale und politische Aufgaben zuschrieb (von Oertzen 1988: 81f.).

4. Die Militärregierungen: 1968-1980

Unter der Militärregierung von Juan Velasco Alvarado (1968-75) fing die für die politische und soziale Organisation der Tieflandindianer bedeutendste Reformwelle der jüngeren Geschichte Perus an. Velasco Alvarado verfolgte einen ›populistischen Korporativismus¹³ (Wiarda 1997: 80). Er förderte die Bildung neuer korporativer Gruppen (z.B. Arbeiter, Bauern) und schränkte die Macht bis dato herrschender Interessengruppen ein. Im Zuge der von ihm eingeleiteten Reformen erhielten die Tieflandindianer zum ersten Mal einen legalen Status und damit unter anderem Zugang zu Landrechten. Aber auch Velasco musste letztendlich seine radikalen Erneuerungspläne mit größeren nationalen und internationalen wirtschaftlichen Interessen in Einklang bringen. Die ›linke Revolution< of seiner Regierung verlief zudem hierarchisch von oben nach unten, mit drei Schwerpunktsetzungen beim angestrebten sozialen Wandel:

- Landrechtsreform
- Reform des Bildungssystems
- Stärkung institutioneller Strukturen

Landrechts- und Bildungsreform

1972 führte Velasco Alvarado ein zweisprachiges Schulprogramm für alle Gebiete ein, in denen Spanisch nicht Muttersprache war. Die Gesetzgebung der Militärregierung führte zu einem größeren Bewusstsein für die multilinguale Situation Perus und letztendlich zu einer Verfassungsreform unter General Francisco Morales Bermudez im Jahre 1979, in der Quechua, Aymara und ›andere indigene Sprachen< einen offiziellen Status erhielten (vgl. Greene 2004: 318, 330ff.; Lowenthal 1983: 425).

Mit der Agrarreform von 1969 war die Kolonialisierung des peruanischen Amazonasgebiets durch Andenbewohner nicht länger das politische Mittel zur Lösung der Landkonflikte im Hochland. Das neue Gesetz befähigte die Regierung, Küstenplantagen aufzulösen und *haciendas* in staatliche Kooperativen zu verwandeln. Dem Plan zufolge sollte die Verwaltung der Kooperativen am Ende in die Hände der Bauern und Arbeiter selbst übergehen. Im Hochland sollten die *comunidades indígenas* an der Verwaltung und dem Gewinn der aus den früheren *haciendas* hervorgehenden Betriebe beteiligt werden. Gleichzeitig wollte Velasco sie von ihrer Stigmatisierung als ›Ent-

13 Korporativismus: Die Regierung eines Staates funktioniert durch eine begrenzte Zahl von Interessengruppen, die das Vertretungsmonopol innehaben. Dahinter steht die Idee, dass Individuen ihre Rechte und Identität durch Gruppenmitgliedschaft erhalten, jede Organisation spricht in diesem Sinne für alle ihre Mitglieder und die Regierung macht Politik in Absprache mit den Organisationsführern.

wicklungshemmer befreien. Er benannte deshalb die 1921 verfassungsrechtlich anerkannten *comunidades indígenas* in ›bäuerliche Gemeinden‹ (*comunidades campesinas*) um. Der 24. Juni, bis dahin ›Tag des *indio*‹, wurde zum ›Tag des Bauern‹. Durch die Umbenennung der Hochlandgemeinden in *comunidades campesinas* nahm die Entwicklung einer ›indigenen Bewegung‹ in Peru einen anderen Verlauf als zum Beispiel in Ecuador. In den Anden organisierten sich indianische Gemeinden bis in die 1990er Jahre bevorzugt als bäuerliche Vereinigungen, und auch heute noch ist der Begriff ›indigen‹ unter der dortigen Bevölkerung umstritten.

Während Velasco die Andenbewohner zu ›deindigenisieren‹ versuchte, verfolgte er im Tiefland die entgegengesetzte Politik: Im Juni 1974 verabschiedete die Regierung zum ersten Mal ein Gesetz, das die legale Existenz sogenannter *comunidades nativas* im Amazonasgebiet anerkannte und diese als Vertragskörper juristisch etablierte.¹⁴ Das Gesetz sah vor, dass die Gemeinden zusammenhängende Landstücke, Schutz kollektiven Eigentums sowie technische Unterstützung und Kredite vom Staat beanspruchen konnten (vgl. Varese 1972: 20).

Das *Ley de Comunidades Nativas* von 1974 eröffnete den Tieflandindianern einen gewissen Grad an rechtlicher Autonomie – zivilrechtliche Probleme wurden zur internen Angelegenheit titulierter Gemeinden erklärt und die Bewohner der Steuerpflicht enthoben. Das Gesetz schrieb ferner vor, dass der kollektive Landbesitz der Gemeinden unveräußerlich, unverjährlbar und unpfändbar sei. Allerdings mussten sich die Tieflandindianer, um überhaupt die neue Gesetzgebung in Anspruch nehmen zu können, in staatlich anerkannten politischen Einheiten organisieren. Als *comunidad nativa*¹⁵ entwickelten die Siedlungen ein internes Statut, schufen eine Struktur kommunaler Autoritäten und richteten eine Gemeindeversammlung als höchstes Entscheidungsorgan ein. Diese Strukturen basierten auf dem Organisationsmodell der indigenen Gemeinden in den Anden. Im Amazonasgebiet stellten sie zumeist einen neuen Typ von Dorfgemeinschaften dar. Sie verstanden sich oftmals nicht als dörfliche Kollektive im korporativen Sinne der Anden (vgl. Dandler 1998: 69ff.; Smith 1996: 84, 88ff.). Während die Gesetzgebung von 1974 also lediglich die dörflichen Einheiten anerkannte, schlug der Ethnologe Stefano Varese als Mitarbeiter einer staatlichen Behörde noch während der Ausarbeitung des

14 Das *Ley No. 20653 de comunidades nativas y de promoción agropecuaria de las regiones de selva y ceja de selva*; dt.: ›Gesetz Nr. 20653 der *comunidades nativas* und zur Förderung von Landwirtschaft und Viehzucht im Gebiet des Anden-abhang und des Tieflands‹.

15 Varese schlug 1972 folgende operationale Definition des Begriffs vor: ›[...] the stable socio-economic unit, bound to a specific territory, with a type of settlement which can be either nuclear or dispersed, which recognize itself as a community and which is distinguished from neighbouring socio-economic units, native or not‹ (Varese 1972: 12).

Gesetzes vor, dass die zersplitterten Gemeinden in zusammenhängende Föderationen gruppiert werden könnten. Dies lehnte die Regierung unter Velasco Alvarado ab (vgl. Montoya et al. 2001: 99; Greene 2004: 351).

Vor der Gesetzgebung von 1974 hatte es bereits im März 1957 einen Versuch gegeben, indigene Landrechte im Amazonasgebiet geltend zu machen. Dem damals entworfenen Gesetz zufolge sollte das Landwirtschaftsministerium für die *tribus selvícolas*¹⁶ Siedlungsgebiete reservieren – bevorzugt in den Gegenden, in denen sie »schon immer« gelebt hatten. Allerdings blieb die Umsetzung des Dekrets beschränkt auf Gebiete, die in der Nähe bereits etablierter Kommunikationsnetze lagen. Gleichzeitig verstand die Regierung die Markierung von Schutzgebieten nur als einen ersten Schritt hin zur Assimilation der Amazonasbewohner. Das Land sollte laut Dekret letztendlich individuell parzelliert und genutzt werden (vgl. Beteta 1993: 207). Bis 1974 wurden außerdem nur 114 von ca. 1000 beantragten Reservaten anerkannt (Greene 2004: 346). Interessant ist jedoch, dass die Gesetzgebung von 1957 parallel zu ähnlichen Prozessen auf internationaler Ebene verlief. Die ILO verabschiedete im selben Jahr (5. Juni 1957) die Konvention 107 – das erste internationale Abkommen, das sich mit der Situation Indiger auseinander setzte und Bestimmungen zu ihrem Schutz vorschlug.¹⁷

Stärkung institutioneller Strukturen

Der Militärregierung fehlte eine Vermittlungsinstanz zwischen Bevölkerung und Staatsführung, da die Gründung einer politischen Partei von der Mehrheit der militärischen Führung abgelehnt worden war. So rief man 1971 das *Sistema Nacional de Apoyo a la Movilización Social* (SINAMOS)¹⁸ ins Leben. SINAMOS sollte die Bevölkerung überall dort organisieren, wo bisher keine politischen Ausdrucksformen nach staatlichem Verständnis bestanden. Dies galt sowohl für die Bewohner der Elendsviertel an den Stadträndern als auch für die ländliche Bevölkerung an der Küste, in den Anden und im Tiefland. SINAMOS wurde mit Büros in allen Regionen sowie umfangreichem Personal und materiellen Möglichkeiten ausgestattet. In den Anden schuf die Institution den Bauernverband *Confederación Nacional Agraria* (CNA) – in Konkurrenz zur unabhängig entstandenen *Confederación Campesina del Perú*

16 Dt. »Waldstämme«.

17 Peru war maßgeblich an der Ausarbeitung der ILO Konvention 107 beteiligt, ausgehend vom *Proyecto Puno/Tambopata* (Gespräch Christiam Beteta, 10.07. 2005).

18 Dt. »Nationales System zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung«. SINAMOS stand gleichzeitig für »sin amos« – ohne Herren – und verkörperte so den revolutionären Anspruch der Regierung.

(CCP), die der Militärregierung kritisch gegenüberstand.¹⁹ Im Tiefland half SINAMOS großen Teilen der Landbevölkerung, sich aus der Abhängigkeit von *patrones* zu lösen und zu unabhängigen Kleinbauern zu werden. Es bildeten sich Gremien auf lokaler sowie regionaler Ebene: Zusammenschlüsse von Bauern und Bündnisse auf ethnischer Grundlage (vgl. Barclay 1991: 79ff.).

Jedoch bildete SINAMOS bald eine institutionelle Hierarchie von staatlichen Bürokraten und praxisbezogen arbeitenden Akademikern aus, die als Vermittler zwischen Bauern und Arbeitern auf der einen Seite sowie Militärführung und Ministern der Regierung auf der anderen Seite fungierten. Dabei versuchte man, bereits existierende Formen populärer Selbstorganisation entweder in das neue System einzubinden oder aber zu unterdrücken, so dass sich die soziale und politische Zerkleinerung des Landes letztendlich noch verstärkte (vgl. Greene 2004: 334ff.; von Oertzen 1988: 94). Symptomatisch hierfür ist zum Beispiel die Entwicklung des bereits erwähnten *Congreso Amuesha*, der kurz nach seiner Gründung Unterstützung durch SINAMOS erhielt. Durch die Anwesenheit von Staatsbeamten bei den Treffen wurde die Organisation nach und nach von der Regierung kooptiert (Santos Granero und Barclay 1998: 286). Ein anderer Aspekt ist der Einfluss, den SINAMOS auf die Veränderung der Autoritätsstrukturen in den *comunidades nativas* ausübte. Die Politik der Behörde zielte darauf ab, ›traditionelle‹ und ›neue‹ Autoritätsfiguren miteinander zu verbinden. Den lokal anerkannten, meist informellen Führungspersönlichkeiten der Siedlungen wurden zweisprachige Lehrer zur Seite gestellt, die ihnen im Umgang mit den staatlichen Institutionen helfen sollten. Es entwickelte sich schnell ein Ungleichgewicht: Auf der einen Seite wurden die Lehrer wegen ihrer Lese- und Schreibkenntnisse in alle offiziellen Angelegenheiten einbezogen. Auf der anderen Seite entkamen sie dank ihrer ökonomisch und intellektuell privilegierten Stellung zumeist den lokal geltenden Zwängen der Solidarität und den sozialen Regeln (Gasché 2001: 5ff.; vgl. auch Chaumeil 1990: 108; Greene 2004: 372).

General Francisco Morales Bermudez

1975 kam es zu einer Regierungskrise, in deren Folge Velasco Alvarado abdanken musste. Die ›zweite Phase‹ der peruanischen Militärregierung unter Führung des General Francisco Morales Bermudez begann. Die Entschei-

19 Von Oertzen bemerkt im Zusammenhang mit der CNA und anderen Basisorganisationen, die von SINAMOS geschaffen wurden und sich in der Folge in Institutionen verwandelten, mit denen sich Teile der Bevölkerung identifizierten: »[...] sobald sie wirklich in der Bevölkerung Fuß fassen konnten und begannen, die Forderungen ihrer Anhänger offensiv zu vertreten, zog sich der Staat zurück und reagierte schließlich sogar mit polizeilichen Repressionen« (von Oertzen 1988: 94).

dungsbefugnisse wurden zurückverlagert auf die Streitkräfte, SINAMOS wurde 1978 geschlossen und damit der systematische Ausbau des staatlichen Apparats auf lokaler und regionaler Ebene gestoppt. Im gleichen Jahr ersetzte die neue Regierung das ursprüngliche Gesetz der *comunidades nativas* durch eine neue Gesetzgebung.²⁰ Die Gemeinden im Tiefland hatten nun nur noch ein Besitzrecht auf den Teil ihres Landes, der für Landwirtschaft nutzbar war. Am verbleibenden Territorium genossen sie lediglich Nutzungsrechte. Damit sicherte sich der Staat die Gebiete, die für Holzeinschlag, Ölförderung oder andere gewinnbringende wirtschaftliche Projekte nutzbar waren. Zudem schloss der Prozess der juristischen Anerkennung der Gemeinden fast vollständig ein: Zwischen 1975 und 1982 wurden von den mehr als 1000 Gemeinden im Amazonasgebiet nur 372 tituliert. In der Folge, vor allem ab den späten 1980er Jahren, ging die Hauptaktivität der Landtitulierung vom nationalen Zusammenschluss der ethnischen Föderationen des Tieflands, *Asociación Interetnica de Desarrollo de la Selva Peruana* (AIDESEP), aus – im Verbund mit einem internationalen Netzwerk von Unterstützer-NGOs.

An den Universitäten, an denen sich viele Anhänger maoistischer Parteien befanden, begann sich ab 1977 heftiger Widerstand gegen die Militärregierung zu regen. Auch der Druck von außen erhöhte sich: Internationale private Banken knüpften ihre Kreditvergabe an Bedingungen, die der IWF vorgab. Subventionskürzungen, Preiserhöhungen und Lohnsenkung waren die Folge. Morales Bermudez beschloss, die Regierungsgeschäfte an zivile Politiker zurückzugeben.

5. Die Zeit nach 1980

Zwischen 1980 und 1990 wurde das Tiefland zur ›Kornkammer‹ der Nation – die Produktion der Grundnahrungsmittel Mais und Reis im Amazonasgebiet nahm zu. Ab Mitte der 1980er Jahre intensivierte sich gleichfalls der Kokaanbau, außerdem griff die terroristische Gewalt des Leuchtenden Pfades und des *Movimiento Revolucionario Túpac Amaru* (MRTA)²¹ von den Anden ins zentrale Tiefland über. Dadurch wurde die Präsenz des Staates in einigen Gebieten reduziert, und die wirtschaftliche sowie politische Wahrnehmung des Integrationsprozesses der Region wandelte sich (vgl. Barclay 1991: 82). Der 1980 erneut gewählte Präsident Belaúnde Terry erließ im November desselben Jahres ein Agrargesetz, das sowohl die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte wieder privaten Zwischenhändlern überließ als auch die Aufteilung des genossenschaftlichen Bodens auf kleine Gruppen oder Einzelpersonen er-

20 Das *Ley de Comunidades Nativas No. 22175*.

21 Dt. ›Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru‹.

laubte. Zudem wurde das Kolonialisierungsprogramm wieder aufgegriffen und die Titulierung indigenen Territoriums nahezu vollständig eingestellt (vgl. Dean 2002: 211). Finanziert durch internationale Kredite baute Belaúnde Terry das Straßennetz weiter aus und unterstützte großangelegte wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklungsprojekte in einigen Gebieten des Tieflands.

Jedoch stellten sich bei diesen Projekten am Ende der Regierungszeit von Belaúnde Terry (1980-85) Finanzierungsschwierigkeiten ein. So wurden sie ab Mitte der 80er Jahre nach und nach abgebaut, Präsident Alan García Pérez (1985-90) stellte schließlich auch die Subventionierung der Mais- und Reisbauern im Amazonasgebiet ein. Gleichzeitig verhinderte die Vergrößerung der Kokaanbaufläche unter Ausnutzung der verbesserten Transportwege in der Amazonasregion die Integration in den nationalen Markt: Produzenten und Händler hatten sich eigene Finanzierungs- und Kommerzialisierungswege geschaffen. Die Regierung versuchte auf Druck der USA gegen die Kokahändler vorzugehen, allerdings weitestgehend erfolglos. Diese Machtlosigkeit erschütterte, so Barclays (1991: 91) Überzeugung, den Glauben der indianischen Bevölkerung des Tieflands an die Autorität des Staates. Durch die wirtschaftliche Krise sahen sich viele Bewohner der Region zudem vor immer größere Überlebensprobleme gestellt. Ein Umstand, der wiederum die Ausbreitung des Drogenhandels auch unter der indigenen Bevölkerung begünstigte (Chirif 1995: 361).²² Ende der 1980er Jahre erlebte Peru eine tiefe Wirtschaftskrise: Hyperinflation, Bankrott und Verweigerung internationaler Kredite kennzeichneten die schwierige Situation.

1990 trat Alberto Fujimori als neuer Präsident mit drei Zielen an:

- Beseitigung des Terrorismus'
- Beendigung der Wirtschaftskrise
- Lösung der Grenzkonflikte mit Chile, Bolivien und Ecuador

Im Gegensatz zu Belaúnde und García setzte er dabei auf die erneute Stärkung des Militärs sowie auf den Ausbau des Geheimdienstes zur Bekämpfung des Terrorismus. Ferner unterstützte die neue Regierung die Organisation von lokalen Selbstverteidigungsgruppen, während politische Organisationen gleichzeitig schnell unter Terrorismusverdacht gerieten. Dies erschwerte auch den inzwischen sehr zahlreichen ethnischen Föderationen erheblich die Arbeit. Auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgte Fujimori eine neoliberalen Strategie, die von IWF und Weltbank gefördert wurde: Beseitigung von Preiskontrollen, Abschaffung der Subventionen, Anwerbung ausländischer Investoren, Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie Abbau des bürokratischen Apparats (vgl. Santos Granero und Barclay 2000: 309f.; Soria 2001: 49f.).

22 Mitte der 1990er Jahre konzentrierte sich 60 % des weltweiten Kokaanbaus auf Peru.

Fujimori trieb die Privatisierung und Parzellierung der indigenen Gemeindeländer im Amazonasgebiet weiter voran. 1993 verabschiedete er zum Beispiel ein Gesetz, welches das Wachstum der Erdölindustrie begünstigte. Den *comunidades nativas* wiederum verweigerte seine Regierung besondere Nutzungsrechte der natürlichen Ressourcen in ihren Territorien. Dem Staat gehört bis heute das exklusive Recht der Nutzung der Bodenschätze. Jedoch nahm Fujimori gleichzeitig formal eine wichtige gesetzliche Änderung in Bezug auf den Status der indigenen Bevölkerung vor: Peru unterzeichnete im November 1993 die ILO Konvention 169 zu »indigenen und tribalen Völkern in unabhängigen Ländern«. Im selben Jahr wurde das Land verfassungsrechtlich zum multiethnischen, plurikulturellen Staat erklärt und Respekt für »die indigenen Kulturen« sowie Schutz für ihr Gemeindeland versprochen. 1995 schuf Fujimori allerdings per Gesetz Bestimmungen, welche die Unveräußerbarkeit und Unpfändbarkeit indigener Territorien einschränkte. Damit erleichterte er transnationalen Unternehmen den Zugang zu diesen Gebieten. Indigene Organisationen konnten in den 1990er Jahren 10% des Amazonasgebietes titulieren (7 Millionen Hektar). Im Vergleich dazu vergab die Regierung drei Mal so viel Land in Form von Konzessionen an Erdölfirmen. Die Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung setzte auch Fujimoris Nachfolger im Präsidentenamt, Alejandro Toledo, fort (vgl. Dandler 1998: 25; García und Lucero 2003: 17; Dean 2002: 213).

6. Von der politischen Atomisierung zum panethnischen Zusammenschluss

Hinsichtlich der »Integration« eines großen Teils der Tieflandbewohner in das koloniale und postkoloniale System zeichnen sich rückblickend folgende Phasen und Tendenzen ab:

- Christianisierung, formale Abschaffung der bis zu diesem Zeitpunkt gültigen indianischen Führungssysteme²³ (die aber im Innern der Gruppen weiterhin ihre Gültigkeit besaßen) und Einführung der Figur des Vermittlers in Gestalt des *curaca* durch die Missionare in der Kolonialzeit.

23 Unter »indianische Führungssysteme« versteh ich die lokalen Formen politischer Organisation, die vor der Ankunft der Spanier bzw. Missionare gültig waren. Da viele Gruppen nach segmentären Prinzipien geordnet waren, besaß zum Beispiel das Statusführerprinzip eine herausgehobene Bedeutung in weiten Teilen des Amazonasgebietes. Ein Statusführer besitzt keine Zwangsgewalt und muss seine Gefolgschaft vor allem durch Großzügigkeit und Eloquenz überzeugen und halten. Die damit verbundenen sozio-politischen Ideale lassen sich unter den Begriffen »Gleichheit« und »Unabhängigkeit« subsumieren. Auf diesen Punkt komme ich in Kapitel X.3 ausführlich zu sprechen.

- Von Anfang des 19. Jahrhunderts (Gründung des Nationalstaats) bis Mitte des 20. Jahrhunderts Fortsetzung des von den Missionaren eingeführten *curacazgo*-Systems²⁴ in modifizierter Form als Patronage-System.
- Im gleichen Zeitraum Intensivierung der territorialen Eingliederung des Tieflands in den peruanischen Staat aus ökonomischen und geopolitischen Motiven unter Missachtung der Belange der indigenen Tieflandbewohner.
- Synchron zu bzw. resultierend aus Punkt drei nicht nur territoriale Enteignung und politische Missachtung, sondern auch Entwicklung von Formen der Versklavung der indigenen Tieflandbewohner. Sie wurden als ›menschliches Zubehör‹ zum ökonomisch nutzbaren Amazonasgebiet betrachtet.
- Ab Mitte des 20. Jahrhunderts veränderten die evangelikalen Missionen und der Schulunterricht des SIL, die Migrantenströme aus den peruanischen Anden sowie die Landreform unter General Velasco Alvarado das Verhältnis zwischen Regierung und indianischen Gesellschaften des Amazonasgebietes. Der Staat förderte massiv die Einbindung der indigenen Tieflandbewohner in die ›nationale Gemeinschaft‹.
- Ab den späten 1970er Jahren sukzessive Abschwächung der unter Velasco geschaffenen (Sonder-)rechte für die indigenen Tieflandbewohner. Der Staat öffnete das Amazonasgebiet wieder verstärkt für ausländisches Kapital.

Mitte des 20. Jahrhunderts begann die Herausbildung hierarchisch und zentral organisierter ethnischer sowie panethnischer Zusammenschlüsse. Die Mehrzahl der neuen offiziellen Repräsentanten der Föderationen waren ›Produkte‹ der zweisprachigen Erziehung. Sie brachten das ›eingespielte‹ Zusammenwirken zwischen *curacazo*-System und informellen Führungsstrukturen insofern aus dem Gleichgewicht, da sie den anderen Dorfbewohnern in ihrer Beziehung zur nationalen Gesellschaft unter anderem durch ihre Schreib- und Lesekenntnisse im Spanischen meist überlegen waren. Ein Generationen- und Wertekonflikt innerhalb der indianischen Tieflandgesellschaften zeichnete sich ab. Gleichzeitig wurden die indigenen Tieflandbewohner aber zum ersten Mal zu formal anerkannten Rechtssubjekten, die aus der politischen Unsichtbarkeit im nationalen und internationalen Kontext hervortraten. Sie begannen, eigene Forderungen gegenüber dem Staat zu formulieren sowie einen Kulturdiskurs zu entwickeln, der sich gegen die dominanten Vorstellungen einer homogenen peruanischen Nationalgemeinschaft richtete. Hierbei schrieben sie sich in bestehende Diskurstraditionen alternativer Gesellschaftsmodelle ein bzw. veränderten diese. Darauf möchte ich im Folgenden kurz eingehen.

24 *Curacazo*: Mit diesem Begriff bezeichnet Chaumeil (1990: 107) das von den Missionaren etablierte politische System, mit dem die Figur des *curaca* als lokalem Vermittler eingeführt wurde.

7. Exkurs: peruanischer Indigenismus und Indianismus

Der peruanische Indigenismus (*indigenismo*)²⁵ begann um 1860-70. Der Begriff bezeichnet diverse Etappen und Ausrichtungen dieser Weltanschauung. Die verschiedenen Strömungen verbindet jedoch mehrheitlich das Nachdenken über das ›Nationsprojekt Peru‹ sowie im weitesten Sinne das Grübeln von ›nicht-Indigenen‹ über ein ›Indigenenproblem‹. Manuel Gonzales Prada, prominenter Literat der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, beeinflusste nachhaltig die späteren Ausformungen des peruanischen Indigenismus. Er sah in der schulischen Bildung des *indio* den entscheidenden Beitrag zur Lösung der sozialen Probleme des Landes sowie zur Konstruktion der nationalen Gemeinschaft. Würde man den *indio* in das staatliche Bildungssystem einbeziehen, wäre seine Integration möglich.

Gemeinsam war den folgenden Ausprägungen des Indigenismus in Kunst, Literatur, Politik und Soziologie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dass moralische sowie kulturelle statt biologische Aspekte ›indiger Identität‹ betont wurden. Die Tieflandindianer fanden jedoch keine Berücksichtigung im Denken der Indigenisten dieser Epoche. Stattdessen verband man den *indigenismo* mit einem regionalen andinen Nationsprojekt: Die königlich-staatlichen Aspekte der Inkavergangenheit der *indios* wurden als das ›Eigene‹ gegen die Zentralregierung in Lima als ›Fremdherrscher‹ in Stellung gebracht. Die politischen Absichten reichten von einem romantisch-utopischen Streben nach der Rückkehr zum Inkareich bis zu Revolutionsforderungen marxistischer Prägung. Beides verband sich in den Schriften José Carlos Mariáteguis. Auch in seinem Denken fanden das peruanische Amazonasgebiet und dessen ›akephale Stammesgesellschaften‹ keinen Platz. Zudem verband Mariátegui die ›Indigenenfrage‹ mit dem Agrarproblem. Dies führte in den folgenden Jahrzehnten zur Kategorisierung der Hochlandbewohner als ›Bauern‹, wodurch wichtige kulturelle Aspekte ihrer Marginalisierung außer Acht gelassen wurden (vgl. Maihold 1988: 207ff; Gonzales 1990: 102f.). Parallel zur gegenwärtig anzutreffenden Tendenz, die ›indigene Zivilisation‹ als Gegenbild zur ›westlichen‹ zu entwerfen, wurde die andine Lebenswelt im *indigenismo* der Welt der *criollos* entgegengestellt. Das Hochland erklärte man dabei zur authentischen Basis für die zu schaffende Nation. Der *indigenismo* wurde durch einen seiner radikalsten Vertreter, Luis E. Valcárcel, auch

25 Es gibt eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur zum peruanischen *indigenismo* (siehe z.B. Maihold 1987; Martínez und Samaniego 1977; Franco 1990; Kristal 1991). In diesem kurzen Exkurs sollen lediglich seine grundsätzliche Stoßrichtung sowie einige interessante Aspekte im Zusammenhang mit der Herausbildung der indigenen Bewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dargestellt werden.

zum Ursprung der peruanischen Ethnologie. Valcárcel, von 1945-48 Bildungsminister, eröffnete 1946 ein Institut für Ethnologie und Archäologie an der Universität San Marcos in Lima. Der Lehr- und Forschungsplan dieser Einrichtung war fast ausschließlich auf die andine Lebenswelt fokussiert. Valcárcel studierte in den 1920er Jahren in Cuzco die Inkakultur und stilisierte in der Folge die Hochlandbewohner zum auserwählten Volk (vgl. Maihold 1988: 268; Ávila 2000: 418; Degregori 2000: 31; Laufer 2000: 137).

Eine staatliche Form des *indigenismo* begann sich in den 1920er Jahren auszubilden. Ursächlich hierfür war auch der Druck, den eine Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen auf die Regierung ausübte. Bereits 1866 hatte sich der erste Verein gegründet, der sich für die indigenen Andenbewohner einsetzte: die *Sociedad Amiga de los Indios*²⁶ (Lima, Puno, Cusco). Daneben gab es aber auch eine »authentische Bewegung der Indios« (Maihold 1988: 222), unter anderem verkörpert durch das von 1920 bis zu seinem Verbot 1927 agierende *Comité Pro-Derecho Indígena Tawantinsuyo*²⁷. Das Komitee forderte »die Einsetzung einer gerechten Regierung, die der inkaischen Epoche ähnlich sein sollte« (Maihold 1988: 222). Man kann dieses Komitee als erste indigene Organisation Perus im 20. Jahrhundert bezeichnen und damit als eine Art ›Vorläufermodell‹ der Zusammenschlüsse, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts formierten (vgl. Maihold 1988: 225).

Pünktlich zum hundertsten Jahrestag der Republikgründung 1921 erkannte die Regierung formal den ›Jahrhundertlangen Kampf der *indios*‹ an. Ein neues Grundgesetz wurde verabschiedet. In diesem erklärte man die (koloniale) Institution des kommunalen Landbesitzes in den Anden, bekannt als *comunidad indígena*, zum festen Bestandteil der modernen peruanischen Nation (vgl. Smith 1983: 594). Für Degregori (2000: 37f.) zeichnete sich die staatliche Form des *indigenismo* auch mit der Einrichtung einer ›Sektion für indigene Angelegenheiten‹ im nationalen Entwicklungministerium, ebenfalls im Jahre 1921, ab. 1947 gründete die peruanische Regierung, in Folge des ersten *Interamerikanischen Indigenistenkongress*, der 1940 in Mexiko stattfand, das *Instituto Indigenista Peruano* (IIP)²⁸. Es existierte bis 1969 und wurde dann 1986 für einige Zeit wieder zum Leben erweckt. Das Institut besaß den Auftrag, die Integrationsprozesse der indigenen Bevölkerungsgruppen in die Na-

26 Dt. ›Freundesgesellschaft der Indianer‹; ihr folgten eine Reihe weiterer Vereinsgründungen, u.a. die der deutschstämmigen Dora Mayer im Jahre 1909 (*Asociación Pro-Indígena*), zusammen mit Pedro Zulen (vgl. Smith 1983: 594).

27 Dt. ›Komitee für die indigenen Rechte des Tawantinsuyo‹.

28 Bei der Gründung des IIP war wiederum Luis E. Valcárcel federführend. Während das Institut für Ethnologie der Universität San Marcos die akademische Reflexion der ›Indigenenfrage‹ bestimmte, wurde das IIP zum wichtigsten Koordinator von Programmen der angewandten Ethnologie. Valcárcel selbst wandelte sich in der Folge endgültig vom ›utopistischen und militärtanten Indigenisten der 1920er Jahre zum Staatsfunktionär der 50er Jahre‹ (Ávila 2000: 418).

tion zu begleiten. Zu diesem Zweck wurden Studien und Entwicklungsprogramme ausgearbeitet. Aufbauend auf Laufer (2000: 140) kann man diese Form des Indigenismus weitestgehend als »weichen Rassismus« bezeichnen: Da man die Bevölkerungsmehrheit des Landes nicht pauschal als ›entwicklungsunfähig‹ verdammen konnte, ohne die angestrebte Modernisierung nach europäisch-amerikanischem Vorbild für unerreichbar erklären zu müssen, setzte man auf die Assimilation der Indianer durch Bildung und Heranführung an den ›technischen Fortschritt‹. In der Regierungszeit von General Velasco Alvarado (1968–75) wollte man einerseits die Diskriminierung der Hochlandbevölkerung durch eine staatlich verordnete ›Deindigenisierung‹ beenden und schaffte andererseits im Tiefland eine neue Kategorie von ›Indigenität‹ mit der *comunidad nativa*. Das ›Indigenenproblem‹ verschob man somit auf das Amazonasgebiet und wollte es hier unter veränderten Vorzeichen erneut lösen, damit die Konstruktion einer ›genuine[n] Nation‹ endlich gelingen konnte. Maihold (1988: 46) hält fest, dass die staatlich verordnete nationalistische Revolution ihre Hoffnung auf Wohlstand in agrarisch-kommunitären Strukturen verkörpert sah, deren Bildung sie, wie im geschichtlichen Abriss beschrieben, förderte.

Als Antwort auf die staatliche Indigenismus-Politik etablierte sich jedoch von Seiten der Betroffenen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der sogenannte Indianismus. Dieser definierte sich nicht als Beitrag zur Konstruktion einer homogenen Nation, sondern vielmehr als Versuch, ethnische bzw. panethnische Gemeinschaften in Abgrenzung zur nationalen zu schaffen. Der Indianismus kehrte ferner den indigenistischen Grundsatz um: Nicht mehr die Mestizisierung der Indigenen, sondern die Reindianisierung der Mestizen wurde zur Lösung des Gesellschaftsproblems erklärt (vgl. Brown 1993: 318f.). Dabei standen den Indianisten die sogenannten ›Neoindigenisten‹ als intellektuelle Vertreter einer neuen Variante indigenistischer Politik zur Seite – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, die sich unter Velasco zum Beispiel in SINAMOS engagierten und später eigene NGOs gründeten. Sie kritisierten den vorherrschenden entwicklungspolitischen Ansatz als Reduzierung des gesellschaftlichen Problems auf ein technisch-produktives und forderten den Einbezug sozio-ökonomischer Faktoren (vgl. Erazo-Heufelder 1994: 100; Ávila 2000: 424). Die Neo-Indigenisten wollten ferner nicht mehr *für* die Indianer sprechen, sondern *mit* ihnen zusammen Politik gestalten. Dabei gingen sie davon aus, dass sich ihre indigenen Aktionspartner auf Grund gemeinsamer historischer Erfahrungen zu einer stabilen politischen Schicksalsgemeinschaft zusammenfinden würden.

Mit Blick auf die Ausführungen im zweiten Teil dieser Studie kann man festhalten, dass auf internationaler Ebene indianistische Strömungen bereits im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bestanden. Doch erst mit den sich in den 1960er Jahren herausbildenden neuen indigenen Bewegungen ge-

wann der Indianismus im Lichte des Entkolonialisierungsprozesses und des Kalten Krieges an Profil und Durchschlagskraft.

Auch wenn Indianismus als emischer Diskurs Indigener über ihr Verhältnis zum Nationalstaat zu verstehen ist, sind die Grenzen zwischen Indigenismus und Indianismus meiner Meinung nach fließender als es das idealtypische Modell verspricht. Wer sich zum Beispiel selbst als indigen definierte, sorgte in der Folge (und bis heute) für politische Auseinandersetzungen zwischen den neuen Organisationen. Gerne bezichtigt man den jeweiligen Gegner oder Mitkonkurrenten, kein Indigner zu sein und sich somit eines Diskurses zu opportunistischen bzw. paternalistischen Zwecken zu bemächtigen. Ferner steht zum Beispiel auch der *Consejo Indio de Sudamerica* (CISA)²⁹, der 1980 als ›indianistische‹ Organisation gegründet wurde, teilweise in der Tradition des *indigenismo*-Diskurses. Eine Gruppe von Universitätsprofessoren, die im *Movimiento Indio Peruano* zusammengeschlossen waren, organisierten 1980 mit Unterstützung des *World Council of Indigenous Peoples* eine Konferenz, auf der CISA ins Leben gerufen wurde. Die neue Organisation beanspruchte, die internationale, repräsentative Stimme der *indios* Südamerikas zu sein. Ihre Vertreter forderten die Rückkehr zum Tawantinsuyu³⁰ als kollektives, kommunitäres Organisationsmodell einer neuen Gesellschaft. Diese Idee hatte zwar schon die messianische Bewegung unter Juan Santos Atahualpa geleitet, aber gleichfalls die intellektuellen ›Gründungsväter‹ des Indigenismus geprägt, auch wenn letztere mit der Idealisierung der Inkavergangenheit keine direkte Übernahme ihres Organisationsmodells anstrebten, sondern ein nationalistisches Projekt moderner Prägung verfolgten.

Den politischen Entwurf des CISA kann man jedoch als ein utopisches Gesellschaftsmodell bezeichnen, das kaum realpolitische Forderungen im Rahmen der bestehenden Ordnung formulierte. Eine andere Zielsetzung entwarfen hingegen die sich in verschiedenen Teilen des Amazonasgebietes formierenden ethnischen Zusammenschlüsse. Auch aus ihren konkreten Forderungen nach Land und Anerkennung entwickelte sich mit der Zeit ein ideo-logischer Diskurs, dessen Grundlagen ich bereits nachgezeichnet habe (vgl. Kapitel III.4). Dieser warb jedoch nicht für Revolution, sondern für legale Reformen: Das Nationskonzept sollte dahin gehend verändert werden, dass die Anerkennung der multiethnischen, vielsprachigen Realität des Landes möglich werde. Aus der Perspektive der indigenen Tieflandbewohner ließ sich Peru nicht als kulturell homogene Nation begreifen. Auch wünschten sie nicht eine Rückkehr zum Tawantinsuyu. Die sich zur gleichen Zeit wie CISA etablierende Organisation *Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva*

29 Dt. ›Indiorat Südamerikas‹.

30 Name des Inkareiches.

Peruana (AIDESEP) bestritt deshalb den Repräsentationsanspruch ersterer für die von Ihnen vertretenen indianischen Tieflandbewohner.³¹

Der Ethnologe Richard Smith (1985) entwickelte in der Folge eine idealtypische Dreiteilung indigener Organisationen: bürgerliche Gewerkschaften, indianistische Organisationen (CISA) und ethnische Föderationen (AIDESEP). Während, so Smith, die Gewerkschaften dem marxistisch geprägten Klassendiskurs verhaftet blieben, sei CISA das Produkt städtischer Intellektueller mit ausschließlich andinem Hintergrund. In Bezug auf die Tieflandbevölkerung maß er alleine den ethnischen Föderationen eine genuine Repräsentativität bei. Inwieweit diese Einschätzung sich bewahrheitete, gilt es beim Blick auf die Entstehungsprozesse und gegenwärtigen Erscheinungsformen der indigenen Bewegung des Amazonasgebietes im Folgenden näher zu untersuchen.

31 Einzelne Föderationen schlossen sich dennoch CISA an.